



# BürgerInnenbrief

8. November 2011

**DIE LINKE.** Fraktion in der  
Hamburgischen Bürgerschaft

Elbphilharmonie +++ Zomia bleibt +++ Mietenspiegel +++ Grüner Neuanfang? +++ 9. November: Gedenkveranstaltungen

## Des Bürgermeisters leichtfertige Versprechen

von Joachim Bischoff



Wenn es Nacht wird um die Elbphilharmonie...

Die Elbphilharmonie ist noch nicht fertig gestellt. Doch schon jetzt prägt das Haus unübersehbar die Silhouette der Stadt. Sagt Hamburgs erster Bürgermeister Olaf Scholz. Und er sagt weiter: »Viele Menschen sind verärgert über die teilweise wenig professionelle Entstehungsgeschichte des Hauses. Diese Verärgerung ist nachvollziehbar. Die Elbphilharmonie wird die Stadt deutlich mehr Geld kosten als ursprünglich vereinbart. Mehr als die Stadt in Zeiten knapper Kassen leicht schaffen kann. Umso wichtiger ist, dass die Bau- und Betriebskosten der Elbphilharmonie nicht zulasten anderer Kultureinrichtungen gehen. Dieses Versprechen gilt.«

Formulieren wir es vorsichtig: Es wird nicht einfach sein, die in dieser Äußerung gemachten beiden Versprechen – die Bau- und Betriebskosten gehen nicht zulasten anderer Kultureinrichtungen – einzuhalten. Warum?

Die Stadt als Bauherr und der Essener Baukonzern Hochtief als Generalunternehmer streiten vor Gericht und mit eigenen Gutachtern derart heftig um die ordnungsgemäße Fortführung der Baumaßnahmen, dass Hochtief in zahlreichen Bereichen die Arbeiten gestoppt oder eingestellt hat. Die Fertigstellung der Hamburger Elbphilharmonie wird sich nach Meinung des Baukonzerns Hochtief weiter verzögern. We-

gen diverser ungeklärter technischer Fragen seien die Arbeiten derzeit erheblich eingeschränkt. Der Bau des Saaldachs ist wegen »statischer Risiken« (Hochtief) ganz eingestellt. Einen weiteren Baustopp gibt es zudem im Bereich Haustechnik. Hier fehlen nach Angaben von Hochtief die abschließenden Planungen.

Der Senat weist diese Vorwürfe zurück. Alle Pläne seien rechtzeitig geliefert worden. »Prüfstatiker und Bauaufsichtsbehörde haben die Planungen freigegeben«, man befinde sich zudem in Gesprächen, um die Probleme bei der Elbphilharmonie endlich in den Griff zu bekommen. Ab dem 10. November sollen die unterschiedlichen Positionen in Verhandlungen aufgelöst werden.

Hochtief hatte bis zur Verschärfung der Auseinandersetzung Mitte April 2014 als Abgabetermin genannt. Jetzt argumentiert der Konzern: »Der zuletzt von uns avisierte Fertigstellungstermin am 15.4.2014 kann vor dem Hintergrund der aktuellen Situation nicht mehr eingehalten werden.« Auch die Kosten für die Stadt von bislang 323 Millionen Euro dürften weiter steigen. Der letzte offiziell genannte Kostenrahmen für die Elbphilharmonie stammt von Ende 2008 und lag bei 323 Millionen Euro. Kann sich Hochtief durchsetzen, steigen die Kosten auf 476 Millionen Euro. Soweit zu den Fakten für das erste Versprechen.

Auch mit Blick auf das zweite – die künftigen Betriebskosten – stehen neue Einschätzungen an. Bisher war der Vorgängersinat von CDU und GAL von knapp vier Millionen Euro pro Jahr ausgegangen. Jetzt erarbeitet die Kulturbehörde eine neue »langfristige Konzeption« für »den Spielbetrieb und die Betriebskosten«. Ein neuer Aspekt wurde allerdings bereits am 4.11. im Kulturausschuss deutlich: »Wenn mehr als 3.000 Menschen auf der Elbphilharmonie-Plaza herumlaufen, wird es gefährlich. Und teurer«, berichtet die taz am 7.11. Laut Kul-

turbehörde werde man mehr Geld brauchen, »um Drehkreuze und weiteres Wachpersonal zu bezahlen, um überzählige Besucher abzuweisen. Wie viel das kosten werde, sei noch unklar. Vom frei zugänglichen »Haus für alle« kann dann aber keine Rede mehr sein.«

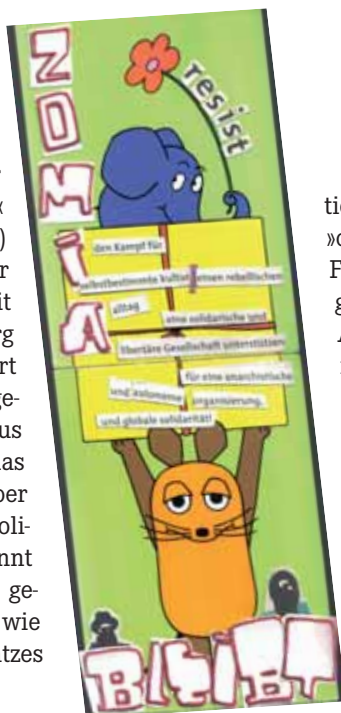
In dem vor wenigen Tagen vorgelegten Bericht des Senats heißt es: Aus Sicht des Senates besteht aktuell ein strategisches Dilemma für den weiteren Projektfortgang, da sowohl die städtische Seite als auch Hochtief bzw. die von ihr beauftragte Adamanta davon ausgehen, dass die Kosten der bisher eingetretenen Verzögerungen, und insbesondere die der zukünftig eintretenden Verzögerungen, größtenteils die jeweils andere Seite zu tragen hat. Dessen ungeachtet entstehen mit jedem Monat Bauverzug weitere Kosten, die letztlich von einer Seite zu tragen sein werden. Zugleich hat Hochtief der Stadt mitgeteilt, dass man nicht weiter in Vorleistung gehen werde. »Das Bestreben des Senates geht daher dahin, diese Konfliktsituation aufzulösen und die damit verbundenen, monatlich anwachsenden Mehrkosten aus Terminverzögerungen zu vermeiden. Der hierzu mit der Adamanta vereinbarte Klärungsprozess wird aus heutiger Sicht mehrere Monate in Anspruch nehmen. Der Senat geht allerdings davon aus, dass es in diesem Zusammenhang zu einer grundsätzlichen Klärung über den weiteren Projektfortgang kommen wird... Eine abschließende Risikobewertung über den zukünftigen Projektverlauf kann daher mit dieser Drucksache noch nicht vorgenommen werden.«

Klar ist also gegenwärtig gar nichts, weder die Höhe der definitiven Baukosten noch ein belastbarer Eröffnungstermin und damit eine Einschätzung der Betriebskosten. Aber zumindest eines »gilt« schon mal auf jeden Fall: Wir werden uns weiter gedulden müssen, bis wir erfahren, wie der Bürgermeister seine Versprechen einzulösen gedenkt.

## Zomia bleibt!

Von Heike Sudmann

Bezirksamtsleiter Markus Schreiber – »Ich trage den Titel Sheriff mit Stolz« (Hamburger Morgenpost vom 24.10.2011) – hält an seinem Hardliner-Kurs fest. Er ließ einen Räumungstitel erwirken, mit dem die ZOMIATistInnen in Wilhelmsburg seit dem 4. November für vogelfrei erklärt werden und der Bauwagenplatz täglich geräumt werden könnte. Zwar heißt es aus dem Bezirksamt noch, man würde erst das Ergebnis des Widerspruchs abwarten, aber dann muss täglich mit einem massiven Polizeieinsatz gerechnet werden. Und den kennt Schreiber ja zur Genüge, den hat er oft genug selbst veranlasst oder unterstützt, wie z.B. die Räumung des Bambule-Wagenplatzes 2002 unter Innensenator Schill.



Die LINKE hat sich klar gegen eine Räumung positioniert. »Fakt ist«, so das Statement vom 3. November, »dass planungsrechtlich die derzeit von Zomia belegte Fläche in Wilhelmsburg für eine mehrjährige Übergangsnutzung geeignet ist. Obwohl die grundsätzliche Ablehnung von Bauwagenplätzen durch die Mitte-SPD mit Herrn Schreiber an der Spitze von der unmittelbaren Nachbarschaft des Zomia-Platzes nicht geteilt wird, wird hier etwas zu einem gesamtstädtischen Problem gemacht, was leicht zu lösen wäre: mit dem Verbleib auf dem Platz.«

Die Ankündigung aus dem autonomen Spektrum, den »politischen Preis für eine Räumung unbezahlbar zu machen« und die »Luft« brennen zu lassen, »wenn Ihr uns nicht atmen lässt«, verbunden mit einer Karte, in der alle wichtigen Banken, Kaufhäuser, SAGA-, IBA- und SPD-Büros etc. verzeichnet



St. Pauli-Fans solidarisch mit Zomia: Transparente am Millerntor beim Heimspiel gegen Greuther Fürth am 5.11.2011

sind, sorgt zurzeit für einen größeren Konflikt auf der Elbinsel. Der Verein »Zukunft Elbinsel Wilhelmsburg e.V.« warnt in einer Erklärung vom 4. November vor der drohenden Zerstörung des inneren Friedens, sei dieser doch der »Konsens, auf dem seit Jahrzehnten die Wilhelmsburger Bürgerbewegungen ihre Gestaltungskraft gegen zerstörerische Eingriffe behaupteten«. Von Zomia wird erwartet, »dass die Gruppe eindeutig und öffentlich macht, dass Gewalt in Wilhelmsburg das Zusammenleben tiefgreifend beschädigt«. Die Replik kam postwendend. Einen Tag später äußerte sich der »Arbeitskreis Umstrukturierung Wilhelmsburg« (AKU) und kritisierte den Aufruf des Vereins Zukunft Elbinsel. Einen »inneren Frieden« würde es solange nicht geben, solange die sozialen Konflikte anhielten. »Nun von der Bauwagengruppe Zomia zu verlangen, sich zu einem »inneren Frieden« zu bekennen und von »Gewalt« zu distanzieren, zu der sie nicht aufgerufen hat, finden wir – gerade angesichts der akuten Räumungsdrohung – falsch und unsolidarisch.«

Persönlich kann ich die Sorgen der SprecherInnen der Zukunft Elbinsel nachvollziehen, die – ähnlich wie nach der

Bambule-Räumung 2002 – monatelange Auseinandersetzungen in Wilhelmsburg befürchten. Dass dies die Sympathien der ansässigen BürgerInnen nicht unbedingt befördern wird, liegt auf der Hand. Ich stimme dem AKU zu, wenn dieser auf die ungerechten sozialen Verhältnisse und die staatliche Gewalt verweist, habe ich doch selbst unlängst wieder miterleben müssen, wie die Polizei sowohl die Mietenwahnsinn als auch die Zomia-Solidaritäts-Demonstration bedrängte, den Weg einengte und damit die TeilnehmerInnen provozierte.

Nichtsdestotrotz halte ich es für falsch, dem »Staat« zu drohen und militante Aktionen anzukündigen. Dies hilft den Zomia-Leuten ganz sicher nicht, eine Bleibe zu finden. Und dies trägt auch nicht zur nach wie vor bestehenden positiven Atmosphäre zur Unterstützung des Bauwagenplatzes auf der Elbinsel bei. Wir müssen vielmehr den politischen Druck erhöhen und die SPD-Mitte samt ihrem Betonkopf zur Abkehr ihrer unsozialen Vorgehensweise veranlassen. Da wäre ja vielleicht auch mal ein »klärendes« Wort des Bürgermeisters zu erwarten. Doch dieser schweigt – und wird damit den Konflikt weiter verschärfen.

# Mietenspiegel 2011: ... und steigt und steigt und

Was die Mietenentwicklung und die zunehmende Wohnungsnot anbelangt, haben wir in den vergangenen Jahren an dieser Stelle immer wieder auf kritische Aspekte aufmerksam gemacht. Der neu verkündete »Mietenspiegel 2011« toppt die negative Entwicklung in jeder Hinsicht: Zum dritten Mal in Folge sind die durchschnittlichen Quadratmeterpreise in den jeweils vorausgegangenen zwei Jahren erheblich stärker gestiegen als die allgemeinen Lebenshaltungskosten und erst recht als die schmalen Einkommenszuwächse. Bis 2007 hatten die Mieten im Durchschnitt um 4,3%, bis 2009 um 3,6% und bis 2011 um 5,8% zugenommen, dabei hatten sich die Verbraucherpreise zwischen 2009 und 2011 »lediglich« um 3,7% erhöht.

Die zu Recht umstrittene Erhebung der »ortsüblichen Vergleichsmiete« (darin gehen weder die in den vergangenen vier Jahren unverändert gebliebenen Bestandsmieten noch Mieten im geförderten Wohnungsbau ein) erlaubt weitere Erkenntnisse. Tatsächlich liegen die Steigerungen bei bestimmten Wohnungsgrößen und Ausstattungen bei bis zu 18%. Zweistellige Mietenzuwächse gibt es quasi bei allen Altbauten (errichtet bis 1918), und in den jeweils nach den Weltkriegern errichteten Geschosswohnungsanlagen sind die Preise um 6 bis über 10% gestiegen. Ganz besonders bedrückend ist der Umstand, dass heute nur noch 33% sämtlicher Wohnungen Nettokaltmieten von unter sechs Euro je Quadratmeter haben, 2009 galt das nahezu noch für die Hälfte (48%) des Mietwoh-

## Veranstaltungs-Tipps und Hinweise

**Hat die LINKE doch Recht?** Diese Frage könnte angesichts der globalen Finanz- und Wirtschaftskrise eigentlich viel offensiver aufgegriffen werden. Am Mittwoch, den **9. 11., 18:30 Uhr**, versucht dies Christoph Lieber, Redakteur der Zeitschrift Sozialismus, auf einer Veranstaltung des Landesverbandes der LINKEN in der Kaffeewelt (Böckmannstraße 3 – Eintritt frei).

Am 2. Dezember wäre **Horst Bethge**, der am 12. Mai dieses Jahres verstorben ist, 76 Jahre alt geworden. Die GEW Hamburg veranstaltet in Erinnerung an ihn am Samstag, den **12. 11., von 11:00 bis 17:00 Uhr** im Curiohaus (Rothenbaumchaussee 15) eine Arbeitstagung zu **Bildungsfinanzierung und Privatisierung**, u.a. mit Ulrich Thöne (Vorsitzender der GEW), Thorsten Bultmann (BdWi) und Joachim Bischoff (DIE LINKE). Weitere Infos unter [www.gew-hamburg.de](http://www.gew-hamburg.de).



Um **Hamburg – Fahrradstadt der Zukunft?** geht es auf einer Veranstaltung der Patriotischen Gesellschaft am Montag, den **14. 11. um 18:30 Uhr** im Reimarus-Saal der Patrioten (Trostbrücke 6), u.a. mit Andreas Rieckhof (Staatsrat für Verkehr in der BSU), Thomas Horwege (Polizei Hamburg), Franz Linder (Planerbüro Südstadt, Köln) sowie Merja Sport (Allgemeiner Deutscher Fahrrad-Club, Hamburg).

Die Verkehrs-AG des Hamburger Stadtteilbeiräte-Netzwerks lädt ein zum **verkehrspolitischen Gesprächsaustausch** am Dienstag, den **15. 11. um 19:00 Uhr**, ins Stadtteilbüro Osdorfer Born (Kroonhorst 11).

Am Dienstag, dem **15. 11., ab 19:30 Uhr**, berichtet Dr. Christoph Strupp in den Räumen der Geschichtswerkstatt Eimsbüttel (Sillemstraße 79 – Eintritt 2,50 Euro) über die **Hochbahn unterm Hakenkreuz**: »Welche Stadtteile an den öffentlichen Verkehr angeschlossen wurden, war stets eine konflikträchtige gesellschaftspolitische Frage, auch unter den Bedingungen der nationalsozialistischen Diktatur.«

Anlässlich des **Internationalen Tages gegen Gewalt an Frauen und Mädchen** (25. November) lädt die Bürgerschaftsfraktion der LINKEN am Donnerstag, den **17. 11., um 10:30 Uhr** zu einem Empfang ins Rathaus (Großer Bürgersaal) ein. Um Anmeldung unter Tel. 18 12 18 00 oder per E-Mail an [Tanja.Chawla@linksfraktion-hamburg.de](mailto:Tanja.Chawla@linksfraktion-hamburg.de) wird gebeten.

Im Rahmen der von der HafenCity Universität und der Hochschule für Musik und Theater (HfMT) durchgeführten Veranstaltungsreihe »Offene Räume – Offene Stadt« geht es am Donnerstag, den **17. 11., ab 18:00 Uhr** um das Thema **Offenheit und Kreativität in der Stadt der Zukunft**. Podiumsgäste sind in der HfMT (Harvestehuder Weg 12) der Publizist Christoph Twickel und Reinhard Flender, Direktor des Instituts für kulturelle Innovationsforschung an der HfMT (Eintritt frei).



Mietenwahnsinnsdemo am 29.10.2011

nungsbestandes. »Bei einem Quadratmeterpreis von 5 Euro gebe es nur noch einen Anteil von 7,6% und damit halb so viel wie 2009« (Hamburger Abendblatt vom 2.11.2011). Diese alarmierenden Zahlen bestätigten, dass vor allem die Haushalte mit geringem Einkommen von dem entfesselten Wohnungsmarkt betroffen sind.

Für den SPD-Senat reagiert auf diese neue Hiobsbotschaften zunächst Jutta Blankau: »Das ist die Schlussbilanz von zehn Jahren CDU-geführter Wohnungsbaupolitik«, zuletzt mit grünem Vorzeichen, wie ergänzt werden muss. Daran ist sicher wahr, dass unter Schwarz-Grün weniger als die Hälfte dessen gebaut worden ist, was nötig gewesen wäre. Doch was tut die SPD? Sie kündigt großspurig eine knappe Verdopplung der Neubauzahlen auf 6.000 Wohneinheiten an, allerdings keinesfalls vor 2013. Die – sofern überhaupt – neu errichteten Kapazitäten werden keinesfalls ausreichen, um einerseits den aufgelaufenen Mangel von 40.000 bis 90.000 Wohnungen wettzumachen. Und sie werden den prognostizierten Bevölkerungszuwachs von mehr als 100.000 HamburgerInnen bis

zum Jahre 2030 nicht abfedern können. Das wird den jetzt schon in Schlangen vor freien Mietwohnungen anstehenden Menschen nichts helfen.

Am schlimmsten kommt es jedoch für die einkommensarmen Haushalte, denn das SPD-Wohnungsbauprogramm sieht bisher pro Jahr lediglich 1.200 neue Sozialwohnungen im ersten Förderweg (Einstiegsrente bei 5,80 Euro/qm, ab 2012: 5,90 Euro/qm) vor. Das macht nicht einmal annähernd die alljährlich in vierstelliger Größenordnung aus der Mietpreisbindung herausfallenden (Sozial-) Wohnungen wett. Unterm Strich wird bei dieser Neubauquote der Druck auf die Haushalte mit kleinem Geldbeutel auch in den kommenden Jahren weiter – und zwar drastisch – zunehmen. Und alle besser Situierten sollten sich keine Illusionen machen: Auch sie wird der weiter anwachsende Wohnungsmangel ereilen, wenn es nicht gelingt, die SPD zu mehr als nur einem Kurschwenk zu veranlassen.

Dafür muss Druck ausgeübt werden, wie zum Beispiel am 29. Oktober. Hier demonstrierten rnd 6.000 TeilnehmerInnen

gegen den Mietenwahnsinn in Hamburg. Und auch die Kundgebung vor der Zentrale der SAGA GWG am Tag nach der Verkündung des Mietenspiegels durch Senatorin Blankau hat ein wichtiges Zeichen gesetzt. Schließlich war es in der jüngeren Vergangenheit ausgerechnet dieses öffentliche Wohnungsunternehmen, das die Mieten im ungebundenen Bestand fast ohne Verzug an die neuen Mietenspiegel-Sätze »angepasst« hat und damit zwei Mal so schnell wachsen ließ wie im Hamburger Durchschnitt. DIE LINKE fordert deshalb mit Nachdruck einen sofortigen Mietestopp bei der SAGA GWG und sie fordert eine Verstärkung des öffentlichen Wohnungsbaus, vor allem im ersten Förderweg.

Diese Grundforderung linker Politik wurde auch in der LINKEN längere Zeit unterschätzt und führt bisweilen bis heute zu schrillen Vorwürfen des Reformismus, wenn man sich auf die Ebene von Kappungsgrenzen, Mietbegrenzungen und Wohnungsbauzahlen einlässt. Aber Wohnungsbau und MieterInnenschutz (vor allem gegen überbordende Mietpreiserhöhungen) sind zwei Seiten der gleichen Medaille. Wir sollten von vergesellschaftetem Wohnraum als langfristiger Per-

spektive ausgehen, auch die Vergabe von städtischen Flächen ausschließlich in Erbbaupacht ist eine vernünftige Forderung, die das wichtige und auch immer knappere Gut Grund und Boden nicht zu einer Ware verkommen lässt. Doch auf dem Weg dahin brauchen wir erheblich mehr PartnerInnen, die diese Orientierungen mit tragen. Und für die Gegenwart heißt das vor allem, den Druck vor allem auf den Senat weiter zu erhöhen, und mit Blick auf die aktuellen Nöte der Menschen für schnellstmögliche Entlastungen auf dem Wohnungsmarkt und bei den Mieten zu sorgen. Deshalb hat die Bürgerschaftsfraktion der LINKEN das Thema Mietenspiegel und Mietenwahnsinn zum Schwerpunkt der aktuellen politischen Stunde auf der Bürgerschaftssitzung am 9. November gemacht.

Auch andere Protagonisten kümmern sich um die Belange von Mieterinnen und Mietern, so zum Beispiel die AG Mieten im Recht-auf-Stadt-Netzwerk. Wir dokumentieren (mit herzlichem Dank für die Nachdruckgenehmigung) deren Erklärung anlässlich der Veröffentlichung des neuen Mietenspiegels und den von ihr vorgenommenen Vergleich der Mietenspiegelsätze 2009 und 2011.

## Arbeitsgruppe Mieten und Wohnen im Netzwerk Recht auf Stadt

Der Wohnungsmangel verschärft sich in Hamburg immer mehr, insbesondere Wohnungen, die sich Geringverdienende leisten können, werden zur Mangelware. Mietpreisbindungen laufen aus, neue Sozialwohnungen werden kaum gebaut. Gleichzeitig wird weiterhin ein gigantischer Überschuss an Büroflächen produziert – ca. 1,4 Mio. qm stehen zur Zeit leer. Wohnungsmarkt und städtisches Flächenmanagement folgen mittlerweile weitgehend der Logik der Gewinnmaximierung, einkommensschwache Haushalte werden an den Stadtrand oder gar in die Obdachlosigkeit gedrängt. Den neuen Mietenspiegel werden viele Mieter\_innen in der Folge seines Erscheinens auch dieses Jahr wieder unmittelbar zu spüren bekommen. Die AG Mieten erhebt aus diesem Anlass 10 Forderungen zum neuen Mietenspiegel und zur Hamburger Wohnungspolitik:

1. Der Arbeitskreis Mietenspiegel muss paritätisch besetzt sein – die Vertreter\_innen der Mieter\_innen müssen Einfluss auf die Gestaltung des Mietenspiegels haben!
2. ALLE Mieten müssen in die Berechnungen des Mietenspiegels mit einfließen – die Bestandsmieten ebenso wie die Mieten des öffentlich geförderten Wohnraums! Der Bodenrichtwert darf keinen Einfluss mehr auf die Wohnlageneinstufung haben!
3. Deutliche Senkung der Kappungsgrenze (derzeit 20% alle 3 Jahre). Die durchschnittliche Mietsteigerung muss unter der allgemeinen Einkommensentwicklung liegen!
4. Soziale Erhaltens- und Umwandlungsverordnungen flächendeckend in allen innenstadtnahen sowie von Gentrifizierung bedrohten Quartieren (wie z.B. Wilhelmsburg, Veddel, Hamm, Barmbek usw.)!
5. § 5 des Wirtschaftsstrafgesetzes zur Anwendung bringen und erweitern: Neuvermietungspreise, die über 10% der örtlichen Vergleichsmiete liegen, müssen anfechtbar und ggf. als Mietwucher strafbar sein.
6. Abschaffung des § 559 BGB. Mieterhöhungen bei Modernisierungsmaßnahmen müssen zwischen beiden Vertragsparteien ausgehandelt werden. Im Rahmen einer energetischen Modernisierung darf in Zukunft eine maximale Erhöhung der Miete in Höhe der realen Energie-Einsparung erfolgen.
7. Umzugsforderungen seitens der Ämter an ALG II-Bezieher\_innen und Transferleistungs-Empfänger\_innen sind zu unterlassen – ebenso wie grundsätzlich Räumungsbegehren gegen Menschen ohne Wohn-Alternative.
8. Jährlicher Neubau von 5.000 Sozialwohnungen im ersten Förderweg. Kein Verkauf städtischer Flächen, sondern Vergabe im Erbbaurecht an gemeinwirtschaftliche Unternehmen. Umwandlung von Büroerstand zu Wohnraum mit öffentlichen Mitteln fördern.
9. Keine weiteren Mieterhöhungen bei der SAGA-GWG, um günstige Mieten in Hamburg zu sichern.
10. Perspektivisch muss Wohnraum dem profitorientierten Wohnungsmarkt weitgehend entzogen werden. Wohnen ist ein soziales Grundrecht und keine Ware – deswegen: Wohnraum vergesellschaften!

Informationen zur AG Mieten und Wohnen finden Sie hier: <http://agmieten.wordpress.com/>

### Mietenspiegel 2011 verglichen mit dem Mietenspiegel von 2009 der Freien und Hansestadt Hamburg in EURO

Diese Tabelle wurde erstellt von der AG-Mieten im Netzwerk „Recht auf Stadt“ zugrunde gelegt wurden die Zahlen aus den offiziellen Mietenspiegeln der Hansestadt Hamburg von 2009 und 2011. Erklärungen zur Tabelle stehen am Ende der Tabelle. Die weitergehenden Erläuterungen finden Sie in der Broschüre \*Hamburger Mietenspiegel 2011\*.

Nettokaltemiete ohne Heizung und ohne Betriebskosten (in EUR/m²)		Baualtersklasse/Bezugsfertigkeit													
Wohnlage	Wohnfläche	bis 31.12.1918		01.01.1919 bis 20.06.1948		21.06.1948 bis 31.12.1960		1961 - 1967		1968 - 1977		1978 - 1993		1994 - 2010	
		A	B	C	E	F	G	H	I	K	L	M			
Normale Wohnlage	25 m² bis unter 41 m²	Mittelwert Spanne Anzahl	6,35 5,29 - 7,91 14*	8,69 7,61 - 10,43 13,6	4,94 4,81 - 5,00 29*	7,14 6,42 - 8,11 6,45	6,92 5,70 - 8,28 6,37	4,96 - 9,12 7,14 4,90 - 9,05	8,27 6,67 - 9,85 7,92	7,78 6,50 - 9,05 2009 nicht enthalten	9,09 6,89 - 11,22	7,75 6,30 - 9,09 2009 nicht enthalten	9,05 7,21 - 10,59	9,09 6,89 - 11,22	9,05 7,21 - 10,59
	41 m² bis unter 66 m²	Mittelwert Spanne Anzahl	6,64 6,11 - 7,61 2009 nicht enthalten	8,23 6,81 - 9,80 14,3	5,17 4,80 - 5,83 2009 nicht enthalten	6,77 5,87 - 8,00 6,30	6,15 5,47 - 7,19 5,67	5,86 4,96 - 6,57 5,85	6,36 5,28 - 7,50 6,28	7,75 6,30 - 9,09 2009 nicht enthalten	8,72 7,20 - 10,23	7,75 6,30 - 9,09 2009 nicht enthalten	9,05 7,21 - 10,59	8,72 7,20 - 10,23	9,05 7,21 - 10,59
	66 m² bis unter 91 m²	Mittelwert Spanne Anzahl	6,18 5,43 - 7,15 3,2	8,23 6,79 - 10,00 7,61	5,03 4,59 - 5,53 2009 nicht enthalten	6,39 5,47 - 7,90 5,82	6,17 5,56 - 7,15 5,80	5,38 4,65 - 6,06 5,27	5,50 4,88 - 6,11 5,75	7,90 6,50 - 8,95 7,75	8,66 7,31 - 9,97 8,17	7,90 6,50 - 8,95 7,75	8,66 7,31 - 9,97 8,17	8,66 7,31 - 9,97 8,17	8,66 7,31 - 9,97 8,17
	ab 91 m²	Mittelwert Spanne Anzahl	5,98 5,24 - 6,83 2009 nicht enthalten	7,45 6,06 - 9,37 6,66	6,25 5,39 - 6,97 6,13	6,25 5,39 - 6,97 6,13	6,48 5,90 - 7,14 6,04	6,07 5,28 - 6,91 6,58	5,77 5,40 - 6,03 5,63	7,04 5,23 - 9,06 2009 nicht enthalten	9,62 8,31 - 10,99 8,33	7,04 5,23 - 9,06 2009 nicht enthalten	9,62 8,31 - 10,99 8,33	9,62 8,31 - 10,99 8,33	9,62 8,31 - 10,99 8,33
Gute Wohnlage	25 m² bis unter 41 m²	Mittelwert Spanne Anzahl	9,69 - 12,20 16,1	10,88 9,69 - 12,20 16,1	10,06 8,53 - 11,84 2009 nicht enthalten	10,06 8,53 - 11,84 2009 nicht enthalten	6,13 - 11,34 7,31 6,03 - 8,97	10,13 7,54 - 12,16 7,39	10,08 9,13 - 11,65 9,71	10,92 9,15 - 12,87 14*	10,92 9,15 - 12,87 14*	10,92 9,15 - 12,87 14*	10,92 9,15 - 12,87 14*	10,92 9,15 - 12,87 14*	10,92 9,15 - 12,87 14*
	41 m² bis unter 66 m²	Mittelwert Spanne Anzahl	6,65 5,13 - 7,99 25*	9,11 7,52 - 11,11 8,10	6,10 4,74 - 6,71 10*	8,50 6,99 - 10,73 17,8	7,00 5,92 - 8,58 6,33	7,23 5,67 - 9,19 6,59	8,61 7,04 - 10,99 7,74	9,33 8,35 - 10,15 0,9	9,74 8,02 - 11,36 10,30	9,33 8,35 - 10,15 0,9	9,74 8,02 - 11,36 10,30	9,74 8,02 - 11,36 10,30	9,74 8,02 - 11,36 10,30
	66 m² bis unter 91 m²	Mittelwert Spanne Anzahl	7,07 5,22 - 8,93 20*	9,01 7,36 - 11,05 8,24	8,23 6,85 - 9,95 7,81	8,23 6,85 - 9,95 7,81	8,02 6,61 - 9,99 6,96	6,30 5,18 - 7,50 6,27	7,24 5,41 - 9,38 6,42	8,88 7,69 - 10,02 8,80	9,47 8,02 - 10,97 10,16	8,88 7,69 - 10,02 8,80	9,47 8,02 - 10,97 10,16	9,47 8,02 - 10,97 10,16	9,47 8,02 - 10,97 10,16
	91 m² bis unter 131 m²	Mittelwert Spanne Anzahl	7,03 5,90 - 8,59 18*	9,01 7,35 - 11,10 8,01	8,18 7,02 - 9,94 7,52	8,18 7,02 - 9,94 7,52	8,93 6,92 - 10,93 8,45	7,66 6,46 - 8,49 8,14	8,75 7,68 - 9,69 8,50	9,83 8,67 - 10,99 9,50	11,35 8,94 - 13,75 11,63	9,83 8,67 - 10,99 9,50	11,35 8,94 - 13,75 11,63	11,35 8,94 - 13,75 11,63	11,35 8,94 - 13,75 11,63
ab 131 m²	Mittelwert Spanne Anzahl	7,75 6,86 - 9,44	9,10 7,32 - 11,49 8,20	8,02 7,12 - 10,07 7,56	8,02 7,12 - 10,07 7,56	8,02 7,12 - 10,07 7,56	8,02 7,12 - 10,07 7,56	8,02 7,12 - 10,07 7,56	8,02 7,12 - 10,07 7,56	8,02 7,12 - 10,07 7,56	8,02 7,12 - 10,07 7,56	8,02 7,12 - 10,07 7,56	8,02 7,12 - 10,07 7,56	8,02 7,12 - 10,07 7,56	

Bei Leerfeldern konnten aufgrund einer zu geringen Datenbasis keine statistisch belastbaren Aussagen getroffen werden.  
 Für Felder mit weniger als 30 Datensätzen ist die Aussagekraft eingeschränkt, hier sind auch die Mietspannen ähnlicher Wohnungstypen zu beachten.  
 • Zahlen von 2009 sind in roter Farbe  
 • Die erste Zahl in den Nebenspalten bezeichnet den Anstieg gegenüber 2009 in % Basis (100%) ist der Wert von 2009  
 • Die zweite Zahl in den Nebenspalten bezeichnet den Anstieg gegenüber 2009 in Eurocent, Basis (100%) ist der Wert von 2009

# Grüner Neuanfang in Hamburg?

von Joachim Bischoff und Bernhard Müller



Wiedergewählt mit Abstrichen: Katharina Fegebank

Die Hamburger GAL streitet seit Monaten über die Schlussfolgerungen aus dem schlechten Wahlergebnis (leichter Stimmenzuwachs, der aber weit unter den damaligen Umfrageergebnissen auf Bundesebene lag) bei den vorgezogenen Neuwahlen im Februar 2011. Sie will sich in der Rolle der Oppositionspartei »neu erfinden«. Auf einem Landesparteitag mit Neuwahlen wurde jetzt allerdings weniger darum gestritten, in welchen Politikfeldern die Hamburger Grünen sich zukünftig mit welchen Konzepten positionieren wollen, sondern über Fragen der innerparteilichen Willensbildung. Die Opposition wirft Parteivorstand und -fraktion undemokratische Praktiken vor. Dafür bekam die alte und neue Parteivorsitzende Katharina Fegebank mit 68% ein deutlich schlechteres Ergebnis als bei der letzten Wahl (-20%).

Offenkundig sind die in einem Leitantrag des Landesvorstands, der zum Parteitag vorlag, vorgenommene Bewertung des Scheiterns von Schwarz-Grün und die Umriss einer neuen grünen Agenda für Hamburg weniger strittig. Darin hält das Führungsorgan der Hamburg GAL daran fest, dass es richtig war, »die erste schwarz-grüne Koalition auf Landesebene einzugehen... Wir haben Pionierarbeit geleistet für einen Kurs der Eigenständigkeit der Grünen, der sich nicht von klassischen Lagerkonstellationen abhängig macht... Die Berliner Erfahrung zeigt, dass der Grüne Kurs der Eigenständigkeit auch zukünftig richtig und wichtig ist.«

Gleichwohl kommen die grünen FunktionsträgerInnen nicht darum herum, festzustellen, dass das bundesweit erste schwarz-grüne Landesbündnis deutlich gescheitert ist und bei den Grünen massive Blessuren hinterlassen hat. »Wir wollten ein Kohlekraftwerk Moorburg verhindern, die Primarschule einführen und die Stadtbahn fahren lassen. Diese Großprojekte, an denen wir und die Hamburgerinnen und Hamburger unseren Regierungserfolg gemessen haben, sind aus den

bekanntesten Gründen gescheitert. Wir wollten sehr viel, die Leuchttürme sind uns weggebrochen.«

Dem Wegbrechen der Leuchttürme, die die Stadt viel Geld gekostet haben, ließen sich eine Reihe schwarz-grüner Fehlentscheidungen anfügen – Weiterbau der Elbphilharmonie, das Missmanagement in Sachen HSH Nordbank, die Erhöhung der Kita-Gebühren, die fehlenden städtischen Investitionen in die öffentliche Infrastruktur und in den Wohnungsbau sowie eine Gleichgültigkeit gegenüber der auch unter Schwarz-Grün weiter gewachsenen sozialen Spaltung. Hinzu kommt die massive Ignoranz gegenüber dem BürgerInnenwillen bei vielen innerstädtischen Projekten, für die grüne LandespolitikerInnen die Verantwortung trugen. Dies alles aber wurde auf dem Parteitag der Grünen nicht kritisiert.

Und gerade diese Themen fehlen denn auch in den Umrissen einer zukünftigen grünen Agenda für Hamburg. Da heißt es etwa zum Thema »sozialer Zusammenhalt in unserer Stadt«, dass Landespolitik auch wegen der Haushaltsnotlage »vor allem auf das Empowerment, die Entwicklung der Selbstbefähigung ihrer Bürger« setzen müsse. Das wird den 230.000 BürgerInnen, die auf öffentliche Unterstützung angewiesen sind, oder den 100.000 Menschen ohne Arbeit oder denen, die wegen steigender Mieten aus ihren Wohnungen vertrieben werden, wenig helfen.

Wie denn überhaupt die Haushaltspolitik die einzig klar definierte Position in der GAL-Programmatik ist. »Wir wollen den Marsch in den Schuldenstaat stoppen und müssen dafür die Ausgaben der öffentlichen Hand systematisch begrenzen.« Die Grünen fordern deshalb den vorzeitigen Schuldenabbau und werfen dem SPD-Senat vor, das Gegenteil von solider Finanzpolitik zu praktizieren: »Die SPD redet vom Sparen und tut das Gegenteil. Sie löst alle Probleme mit zusätzlichem Geld und weitet den Betriebshaushalt ohne dauerhafte Finan-



zierung massiv aus.« Wo allerdings konkret gespart werden soll (»nachhaltig« wäre einzig ein radikaler Personalabbau im öffentlichen Dienst), verraten die Grünen nicht.

Unterm Strich ist die Hamburger GAL noch auf der Suche nach einem neuen grünen »Leitbild« für die Stadt. Die für die Zukunft entscheidenden Themen wie der Sanierungsstau in der öffentlichen Infrastruktur, die große Wohnungsnot oder Armut und Arbeitslosigkeit hat sie nicht auf dem Zettel. Mit bloßer Sparpolitik allerdings werden die Probleme Hamburgs nicht zu lösen sein.

Die Diskussion über die Neuorientierung der GAL steht exemplarisch für die aktuellen Schwierigkeiten der Grünen, sich auch auf Bundesebene im politischen Feld zu positionieren. So galt noch bis vor wenigen Wochen ein Bündnis aus SPD und Grünen als aussichtsreichste Machtoption zur Ablösung der schwarz-gelben Bundesregierung. Vor dem Hintergrund einer noch positiven konjunkturellen Entwicklung, dem Vertrauensverlust in die bürgerlichen Parteien und der Atomkatastrophe von Fukushima galt Rot-Grün mit dem Projekt eines sozial-ökologischen Umbaus vielen noch vor kurzem als hoffnungsvolle Zukunftsperspektive.

Doch die Stimmung im Land verändert sich. Dies haben nicht zuletzt die Landtagswahlen in Berlin gezeigt. Das Stimmungshoch für die Grünen ist überschritten. Stattdessen haben dort die Piraten das politische Feld neu aufgemischt. Bundesweit erreichen sie aktuell 7% der Stimmen. Stärkste Partei wäre danach die Union mit 33%, nur knapp dahinter erreicht die SPD 32%. Die Grünen kämen derzeit auf einen Stimmenanteil von 14%; bis in den August lagen ihre Werte deutlich über 20%. Die Linke erreicht 7% und liegt damit knapp über ihrem niedrigsten Wert seit Sommer 2005. Für die FDP würden sich nur noch 3% entscheiden.

Die anhaltende Schulden- und Wirtschaftskrise hat in der Bevölkerung zu einer deutlich spürbaren Verunsicherung geführt. Eine große Mehrheit (80%) geht davon aus, dass der schlimmste Teil der Krise noch bevorsteht, 73% befürchten, dass die Euro- und Schuldenkrise das aktuelle Wohlstandsniveau bedroht, und mehr als die Hälfte der Bürger (58%) macht sich Sorgen um ihre Ersparnisse.

Vor diesem Hintergrund hat auch das Zutrauen in ein Projekt eines sozial-ökologischen Umbaus an Attraktivität verloren. Für große Teile der Bevölkerung geht es bei aller Skepsis gegenüber dem System der »sozialen Marktwirtschaft« vor

allem um eine Stabilisierung der bestehenden Verhältnisse und damit der persönlichen Lebenssituation. Dem sucht die Sozialdemokratie mit der Option einer Pflege der Grundlagen »unseres Wohlstands« (etwa einer modernen Infrastruktur) Rechnung zu tragen. Grüne Umbau- oder gar linke Regulierungsprojekte des in die Krise geratenen Kapitalismus gelten da eher als Störpotenzial. Die Grünen haben sichtbar Schwierigkeiten, sich in den Fragen der Finanzmarktregulierung, der Frage der Haushaltskonsolidierung und des Umgang mit den durch den Finanzmarktkapitalismus hervorgerufenen sozialen Verwerfungen zu positionieren. Das gilt bundesweit, aber auch für Hamburg.

Unbestritten ist Hamburgs Finanzsituation außerordentlich schwierig. Aber jeder Versuch, noch komplett ohne Neuverschuldung auszukommen, läuft auf eine Intensivierung des Kürzungsdrucks und damit auf eine Belastung der regionalen Einkommens- und Wirtschaftskreisläufe hinaus. Dabei gibt es durchaus andere Heilmittel, um die kranken öffentlichen Finanzen zu sanieren. Dazu gehört z.B. die Effektivierung des Steuervollzugs. Welches Potenzial durch eine deutliche personelle Aufstockung der SteuerprüferInnen erschlossen werden könnte, machen die Steuerermehreinnahmen, die durch den Ankauf von CDs mit den Daten von deutschen SteuerbeiträgerInnen erreicht werden konnten, deutlich.

Einmal mehr: Aus einer Wirtschaftskrise kann man sich nicht herausparen. Das gilt auch für Hamburg und es wäre deshalb ein Zeichen von Klugheit und Zukunftsorientierung, wenn der Senat zumindest einen Teil der aktuellen Steuerermehreinnahmen für dringende Sofortmaßnahmen in den vielen unterfinanzierten Bereichen und ein Strukturprogramm für die Stadt nutzen würde. Diese sind bekannt und oft genug benannt worden. Damit sie bei wirklichen oder vermeintlichen Neuanfängen mit dem Schuldenargument nicht immer wieder in den Hintergrund gerückt werden, seien die wichtigsten Felder erneut notiert: Wohnungsnot und die damit in Zusammenhang stehende Mietexplosion, marode städtische Infrastruktur in Schulen, Universität, bei Straßen, Radwegen und Grünzügen, fehlender Ausbau qualitativ hochwertiger öffentlicher Dienstleistungsbereiche in Bildung, Kultur, Gesundheit und sozialer Betreuung), die wachsende Zahl von BürgerInnen der Stadt, die mit ihren mageren Einkommensverhältnissen zunehmend vom gesellschaftlichen Leben ausgeschlossen sind.

## Kurzanalysen & Kommentare

Aktuelle Positionsbestimmungen, Stellungnahmen, Kommentare, Pressemitteilungen, Hinweise auf Veranstaltungen und andere Termine sowie alle bisher erschienenen BürgerInnenbriefe auf meiner Internetseite

<http://joachimbischoff.de>

Dr. Joachim Bischoff  
 Ökonom | Sozialwissenschaftler | Politiker | Mitglied der Hamburgischen Bürgerschaft

**DIE LINKE.**  
 Fraktion in der Hamburgischen Bürgerschaft

Kommentare zu politischen Ereignissen nicht nur in Hamburg  
 Publiziert am 12. Juli 2011 11:40:00

**Steuerplus: Die LINKE fordert sinnvolle Investitionen statt vorgezogenes Schuldenverbot**  
 Publiziert am 11. August 2011

Alle Beiträge  
 Wähle den Kanal

Die Themen  
 • Allgemein (179)  
 • Arbeitsmarktpolitik (12)  
 • BürgerInnenbriefe (201)  
 • DIE LINKE (1)

## Veranstaltungen zum 9. November



Der Nazi-Opfer gedenken!

Rund um den 9. November, den Tag der Reichspogromnacht 1938, der als Auftakt für die Vernichtungsstrategie des NS-Regimes gegenüber jüdischen BürgerInnen gelten kann, finden auch in Hamburg eine Reihe von Veranstaltungen statt, die an die Nazi-Barbarei erinnern. Zunächst sei auf die schon traditionelle **Mahnwache** am Mittwoch, den **9. November**, hingewiesen: Anlässlich des 73. Jahrestages der Reichspogromnacht sprechen **ab 15:30 Uhr** auf dem Joseph-Carlebach-Platz am Grindelhof die ehemalige Bischöfin Maria Jepsen, Norma van der Walde, der Beiratsvorsitzende der Jüdischen Gemeinde David Rubinstein, Hamburgs ver.di-Chef Wolfgang Rose und ein/e Vertreter/in der Universität. Der Kantor Arie Gelber trägt ein jüdisches Gedenkgebet vor. Veranstaltet wird die Mahnwache gemeinsam von der VVN, der Jüdischen Gemeinde und der Universität.

Am **10. November** erinnert das Auschwitz-Komitee um **19:30 Uhr** in der DWP (ehemals HWP, Von-Melle-Park 9, Hörsaal) unter dem Titel **Gegen das Vergessen** an die schrecklichen Ereignisse rund um die Pogromnacht. Sprechen werden die beiden Auschwitz-Überlebenden Esther Bejarano (Jahrgang 1924) und Maurice Cling (Jahrgang 1929).

Ebenfalls am **10. November** geht es um **19:00 Uhr** in den Mozart-Sälen der Provinzialloge von Niedersachsen zu Hamburg (Moorweidenstraße 36) um die **Stolpersteine in Ham-**

**burg – Biographische Spurensuche.** Die Landeszentrale für politische Bildung und das Institut für die Geschichte der Juden haben Peter Hess (Stolpersteininitiative Hamburg) und mehrere AutorInnen zu Gast, die in den vergangenen drei Jahren Stadtteil-Bücher über Hamburgs Opfer des NS-Terrors verfasst haben. Musik kommt von Jörn Uwe Wulff, eine Schlussbetrachtung steuert Maria Jepsen bei. Anmeldung unter Tel. 428 23 48 08. Der Eintritt ist frei.

Und im Gängeviertel (Speckstraße 83-85) ist vom **10. bis zum 13. November** jeweils zwischen **16:00 und 20:00 Uhr** eine **Ausstellung zu Generationen. KZ-Überlebende und die, die nach ihnen kommen** geöffnet. Gezeigt werden Fotos vom Zusammentreffen von KZ-Überlebenden und jungen Menschen. Die Vernissage findet am 9. November um 19:00 Uhr statt. Näheres unter [www.projekt-generationen.org](http://www.projekt-generationen.org).

Auch das Bündnis, das sich für ein Deserteursdenkmal in Hamburg einsetzt, organisiert eine Veranstaltungsreihe. Sie wird am **12. November** um **16.00 Uhr** am Stephansplatz mit dem Rundgang **Memory Lights: Behelligungen gegen Krieg** eröffnet. Angesteuert werden die Stationen Kriegerdenkmal am Stephansplatz, Untersuchungsgefängnis am Holstenglacis und Mahnmal St. Nikolai an der Willy-Brandt-Straße. Die weiteren Veranstaltungen sind unter [www.keine-stimme-den-nazis.org](http://www.keine-stimme-den-nazis.org) angekündigt.

Mit diesem BürgerInnenbrief informieren wir in der Regel 14-täglich über das Parlamentsgeschehen sowie die politischen Auseinandersetzungen in der Stadt, den Bezirken und unseren Arbeitsgebieten. Wenn Sie diesen BürgerInnenbrief per E-Mail beziehen oder nicht mehr erhalten möchten, schreiben Sie eine kurze Mail an: [joachim.bischoff@linksfraktion-hamburg.de](mailto:joachim.bischoff@linksfraktion-hamburg.de) oder [heike.sudmann@linksfraktion-hamburg.de](mailto:heike.sudmann@linksfraktion-hamburg.de).

Und: Sprechen Sie uns an, wenn Sie unsere Arbeit als Abgeordnete in der Hamburgischen Bürgerschaft durch Kritik und nützliche Informationen begleiten wollen. Kontakt: Abgeordnetenbüro Buceriusstr. 2, 20095 Hamburg.